



**HAUSHALTSREDE**  
**der Fraktion pro:Bürgerschaft**  
anlässlich der Einbringung des Budgetentwurfs  
für das Haushaltsjahr 2021

**pro:Bürgerschaft**  
Fraktion im Rat der Stadt Gronau

Gronau, 28. April 2021

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr Kämmerer!**

Die Haushalte der letzten Jahre und der vorliegende Haushalt im Besonderen machen eines deutlich: Wir brauchen unter den Ratsmitgliedern mehr Finanzexperten! Aber warum eigentlich? Die Kosten laufen uns im wahrsten Sinne des Wortes weg. Die Haushaltsgestaltungen der letzten Jahre in unserer Stadt sind brandgefährlich, nicht generationengerecht und schon gar nicht klimagerecht. Der Haushalt für 2021 treibt es „nur noch“ auf die Spitze. Die Einnahmen und Ausgaben sind schon mehr als zehn Jahre lang nicht mehr im Lot – und zwar strukturell. Die Schulden und Verbindlichkeiten zeigen eine stark steigende Tendenz. Mit einem Volumen von 138,7 Mio. sind aber gleichwohl hohe jährliche Zins- und Tilgungsbelastungen zu verbuchen, die die Handlungsspielräume einschränken (siehe dazu Prüfung durch die gpa NRW – Vorbericht, Seite 3).

Bereits die Haushaltseinbringung geschieht unter der Missachtung der Gemeindeordnung (§ 80 Abs. 5). Diese zu späte Einbringung und Verabschiedung des Haushalts ist ein klarer Verstoß gegen die Vorgaben und Absichten des Landesgesetzgebers. Damit im Zusammenhang stehen die Vorgaben des NKF (§ 75), wonach die Haushaltswirtschaft wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen ist. Zuständig für die Umsetzung und eine rechtzeitige Einbringung ist, wie in jedem Jahr, der Bürgermeister. Als Fraktion haben wir uns in dieser Sache nunmehr an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt, wo das Thema mit Interesse aufgenommen wurde.

Das NKF wurde im Jahr 2009 eingeführt und im Jahr 2019 evaluiert. Die eindeutigen NKF-Vorgaben „verstauben“ mittlerweile in unseren Archiven. Wie steht es aber mit der Verpflichtung der vor Ort handelnden Personen (Ratsmitglieder): „Ich verpflichte mich (also jeder einzelne), das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze (also der GO) zu beachten“. Ist dies nur ein Lippengeständnis, ganz ohne Konsequenzen? Siehe dazu auch unseren Antrag vom 2. August 2016, in dem es uns um eine Neuausrichtung der zukünftigen Haushaltsführung ging.

Mit der NKF-Einführung im Jahr 2009 hatte die Politik einerseits verbunden, endlich mehr Wahrheit und Klarheit in die städtische Haushaltsführung zu bringen. Andererseits sollte eine stärkere politische Haushaltslenkung ermöglicht werden. Als Mittel dazu sollten unter anderem die Budget-Vierteljahresberichte dienen. Dieses Instrument erweist sich allerdings als „stumpfes Schwert“, das heißt der erste Quartalsbericht ist – wegen der späten Haushaltseinbringung – ebenso wie der letzte Bericht am Jahresende, nicht mehr für eine politische Steuerung geeignet. Hier muss der Rat seine politisch zgedachte Rolle überdenken und neu einfordern.

Als Fraktion pro:Bürgerschaft reichen uns die jeweils nur zur Kenntnis zu nehmenden Budgetberichte schon lange nicht mehr aus. Wir orientieren uns lieber an der Haltung der sparsamen Schwäbin, siehe dazu die 108-jährige Mina Hehn aus Stuttgart: „Zuerst muss man schaffen, und wenn Geld da ist, dann kann man es zusammenhalten“ (WN vom 15. Februar 2021).

Unsere Fraktion bewertet auch diesen Haushalt in seiner Zukunftswirkung wieder als hochgradig toxisch. Der Kämmerer sollte dann kein „Window-Dressing“ mehr betreiben, indem z.B. die Rücklagen der Wasserwerke, neben den regulären Überschüssen der Stadtwerke, abgeschöpft werden. Oder ein anderes, aktuelles Beispiel: städtische Aufgaben werden über das Beteiligungsmanagement in städtische GmbH gepumpt. Stichworte Parkraumbewirtschaftung, Parkhaussanierung, Hausbau auf dem „Kurti“. Hier kann auch nichts mehr nachkoloriert werden.

Insgesamt sind sämtliche Fehlentwicklungen alles andere als generationengerecht und führen irgendwann zur Haushaltssicherung. Es ist eine unverantwortliche Rücksichtslosigkeit gegenüber den nachkommenden Generationen. Von unseren Bürgern erwartet man Steuermoral. Und für Rats- und Ausschussmitgliedern nebst Verwaltung ist es laut Gemeindeordnung die Pflicht, Ausgabendisziplin zu zeigen. Eine immer wiederkehrende Absichtserklärung bezüglich einer Konsolidierung des Haushalts (siehe Rede des BM zur Haushaltseinbringung) reicht nicht aus. Veränderungen, das heißt Aufbrüche – jeder weiß das – sind mühsam. Vielfach unbequem, lösen sie plötzlich Widerstand bei Antragstellern und letztlich in der Bürgerschaft aus.

Ein möglicher Ansatz wäre: die Sanierung der städtischen Finanzen muss zukünftig deutlich mehr auf der Ausgaben- das heißt auf der Kostenseite ansetzen. Zwei Beispiele:

- 1) Raus aus der Komfortzone: drei Bäder, Drilandsee und Laga-Fontainenplatte. Muss dies noch erweitert werden?
- 2) Praktisch denken: Ein Bürger erwartet auf unserer Festwiese nur einige Baumstämme als Abgrenzung für einen Kurzzeit-Caravan-Stellplatz für Stadt- und/oder Eventbesuche. Prompt werden seitens einer Ratsfraktion ganze Finanzansätze im Haushalt 2021 eingefordert – für Dinge, die Anreisende während der wenigen Stunden gar nicht benötigen.

Natürlich ist „mehr“ immer schön, aber doch nur dann, wenn man das Geld dafür übrighat. Davon sind wir in Gronau jedoch Jahrzehnte entfernt.

Wichtigsten Beispiel, das es selbst ins Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes schaffen könnte, ist jedoch der „Gronauer Rathaus-Wahnsinn“: Statt ein Gesamtrathaus am jetzigen Standort durch eine geschickte Erweiterung (nebst Eper Nebenstelle) zu realisieren, laufen Planungen für vier Standorte. Der Einstimmige Ratsbeschluss – „alles unter einem Dach“ – an der Konrad-Adenauer Straße, siehe unseren Antrag aus 2015, wird nicht mehr verfolgt. Hier verweigert sich die Verwaltung – um wieder auf Wahrheit und Klarheit zu sprechen zukommen – der Beantwortung der Frage, wie viele Arbeitsplätze durch Homeoffice und Arbeitsplatzmanagement konkret eingespart werden könnten. Die Erfahrungen aus der aktuellen Corona-Lage liegen inzwischen doch bereits vor. Zurzeit nutzen 95 Mitarbeiter das Homeoffice. Die ganze Welt entwickelt sich auf diesem Gebiet aktuell weiter, nur Gronau macht „vier“ Schritte zurück?

Das Chaos der momentan vielen Einzelstandorte nervt die Bürgerschaft schon heute. Soll das, neben der Kostenexplosion, etwa die Zukunft sein? Auch die Bau- und Folgekostenbilanzen werden uns als gewählte politische Vertreter seit Jahren vorenthalten. Aufgrund der Vollaustattung der Baubranche und der angespannten Personalsituation ist eine Priorisierung bei allen Investitionen – auch die Kreditfinanzierten in unseren „Schattenhaushalten“ – zu bestellen und zu beschließen. Unsere Forderung an dieser Stelle lautet: Ausgaben müssen maßvoll gestemmt werden. Eine dezidierte Verwaltungsarbeit wäre dabei hilfreich.

Viele Förderprogramme für noch mehr unterschiedliche Bereiche, sehr gut. Aber kann und soll das mit Eigenmitteln (die wir nicht haben) angefüllt und andererseits personell zu stemmen sein? Wie so etwas enden kann, haben wir bei der Chance erlebt (Restrukturierungsnotwendigkeit und Aufgabenkritik). Geprüft werden müssen alle Landes-, Bundesprojektfördermittel. Auch hier ist eine Auflistung (Anzahl / Förderhöhe in Prozent / verbleibende Kostenstellen) sowie die Laufzeit der Projekte und die nachfolgenden, jährlichen Dauerkosten erforderlich. Wir müssen diesem Kostenschwur ein Ende setzen, das sonst unweigerlich in den Ruin führen wird. Für Fördermittelakquise nutzt die Stadt heute unterschiedlichste Quellen, sie bedient sich dazu auch extern Quellen. Wir fordern deshalb ein zentrales Fördermittelcontrolling und ein entsprechendes Berichtswesen.

Nun zu einigen Fakten und strukturelle Fehlentwicklungen:

- Einnahmen in Höhe von 142 Millionen stehen Ausgaben in Höhe von 152 Millionen gegenüber.
- Macht ein Minus von 10 Millionen Euro.
- Ein Ausgleich erfolgt mittels Rücklage (Luftballon).
- Zusätzlich werden Kredite für Investitionen in Höhe von 72 Millionen Euro aufgenommen. Ein neuer Rekord - in negativen Sinne!

Doch wo versickert das ganze Geld? Hier ein kurzer Griff in das Stadtsäckel:

- Investitionen für sechs GmbHs: 3,6 Mio. Laut GPA sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt Gronau die Gremienvertreter zu kommunal bedeutenden TOPs unterstützen. Der Arbeitsauftrag für uns, der hier zwischen den Zeilen verblümt wird, ist mehr als deutlich.
- Investitionsplan 2021: 94,8 Millionen samt immenser Belastungen der Enkel und Urenkel. Eine Priorisierung und verbindliche Rangfolge fehlen leider.
- Neuverschuldung der Stadt bis Ende 2021: 127 Millionen Euro. Das kann man doch nicht mehr unter „Wachstumsschmerzen“ einfach aussitzen. Und schon wieder werden mehr Ausgaben getätigt, obwohl uns Einnahmen in Höhe von 10,5 Millionen Euro fehlen.
- An hohe Einnahmen ist der Schuldenabbau jedenfalls nicht gescheitert. Tatsache ist, dass der Schuldenstand erneut um 76,4 Millionen Euro gestiegen ist. Wir fordern: Schluss mit der Politbedingten Sehschwäche. Auch die Corona-Pandemie kann in dieser Stadt nicht als Sündenbock herhalten. Dagegen sprechen unter anderem die Ausgleichszahlungen und Finanzierungszugeständnisse von Bund und Land.
- Auf der Ausgabenseite schlagen Personalkosten mit 31,9 Millionen Euro zu Buche. Den Medien war zu entnehmen, dass in der Stadtverwaltung im Durchschnitt 30 offene Stellen vorgehalten werden. Das entspricht grob gerechnet über 1 Million Euro zusätzlichen Spielraum.

Die Haushaltssituation der Stadt Gronau zeigt in der Gesamtschau also einen hohen Handlungsspielraum, das heißt eine dringende Handlungsnotwendigkeit. Denn nach der Haushaltsplanung ist für alle Planjahre bis 2023 mit weiteren Fehlbeträgen zu rechnen. Sparpotentiale, das heißt Effizienzsteigerungen, könnten einen Teil auffangen und müssen kurzfristig angegangen werden.